

Bezugspreis*) monatl. M.
bei der Geschäftsst. 6 700 000
beiden Ausgabest. 7 000 000
durch Zeitungsb. 7 300 000
durch Post. . . 7 486 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 11 000 000 v. M.
deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grund-
preise. Verlag und Post haben das
Recht, bei weiterer Geldentwertung
eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erstaus-
an allen Verlagen.
Anzeigenpreise
i. d. Willimeterzeile
Anzeigenteil innerhalb
Polens 100 000 M.
Restamteil 250 000 M.
) Sonderplatz 50% mehr
Willimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M.
) Restamteil 250 000 M.
in deutscher Währung nach Kurs.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Polen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Entdeutschung.

Von dieser Stelle aus haben wir schon mehrfach gegen einen Posener Publizisten ankämpfen müssen, der im „Nebenberuf“ Jurist zu sein vorgibt. Unsere Leser werden sofort wissen, wen wir meinen. Es ist der durch seine Doppelpolitik genügend bekannte Herr Kazimir Kierski, der dem polnischen Staat schon sehr viel Schaden im Ausland zugefügt hat. Wenn er sich auch als einen „Rufer in der Wüste“ bezeichnet, so wissen wir doch ganz genau, daß das Programm, das er entwickelt, bei nationalistischen Politikern leider auf sehr fruchtbaren Boden fällt und zum großen Teil sehr viel Unruhe und Besorgnis in weite Kreise der Bevölkerung trägt. Das schlimmste ist, daß er sich hinter der Toga eines Richters verbirgt und den Schein der Sachlichkeit zu erwecken versteht. Herr Kierski ist alles andere als sachlich. Das ist von dieser Stelle aus schon oft genug gesagt worden. Und genau wie er seine Stimme erhebt und die deutsche Minderheit durch demagogische „Beweise“ herauszufordern sucht, ist es die Pflicht der deutschen Presse, seinen Behauptungen immer wieder, seien sie auch schon mehrfach wiederholt, entgegenzutreten.

Diesmal hat Herr Kierski nicht im „Kurjer Poznański“, sondern in der „Nacjonalista“, bei einer Unterredung Modell gestanden, die ihn wieder einmal in dem Lichte zeigt, in welchem er sich besonders gern als der „glorreiche Vorkämpfer“ zeigt. In dieser Unterredung heißt es:

„Polen muß, um bestehen zu können und stark zu sein, ein Nationalstaat werden. Nach Ausübung der im Versailler Vertrag gegebenen Berechtigungen würden in Großpolen und Kommersellen etwa 200 000—250 000 (1) Deutsche, polnische Bürger, bleiben, die die durch die Verfassung gewährleistete allgemeine bürgerliche Gleichberechtigung genießen würden. Es wäre ein so kleiner Prozentsatz, daß die Frage der deutschen Minderheiten in den beiden westlichen Wojewodschaften eigentlich zu existieren aufhören würde.“

Wie ist das zu erreichen? — Das hängt von dem einheitlichen Zusammenwirken einiger Ministerien und Zentralämter ab: 1. Das Hauptliquidationsamt, eigentlich aber das bei ihm gebildete Liquidationskomitee in Posen, mußte ganz energig die Liquidation der Pribatgüter herantreiben, die deutschen Bürgern gehören und die Liquidation in kürzester Zeit durchführen. Infolge gewisser Verabredungen weiß man bisher nicht genau, welche Objekte der Liquidation unterliegen, und wie groß ihre Zahl ist. Man hat kaum einige zehn große Güter, 2500 Anwesenheiten, ungefähr 1000 Wohnhäuser und 800 Handels- und Industrieunternehmen registriert. In Wirklichkeit sind bedeutend mehr solcher Güter vorhanden, und ihre Liquidation hat in jeder Beziehung, in nationaler, politischer (1), militärischer und wirtschaftlicher (?), eine ungeheure Bedeutung. Man muß daran denken, daß die Deutschen noch heute in den beiden westlichen Wojewodschaften 57 Prozent des gesamten Landbesitzes besitzen, obwohl ihre Zahl nicht ganze 17 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Die Liquidation der Anwesenheiten würde in beträchtlichem Maße den Land hunger in Westpolen stillen.

Mit Bedauern stelle ich die Tatsache fest, daß wir den geeigneten Moment für die Liquidation verpaßt haben. Seit drei Jahren habe ich, wo ich nur konnte, auf die in dieser Beziehung drohenden Gefahren hingewiesen. Leider war es die Stimme eines Rufers in der Wüste. Jetzt ist die Liquidation sehr erschwert, vor allem deshalb, weil sie die Anlage ungeheurer Kapitalien erfordert, die wir nicht besitzen.

Die ganze Hoffnung liegt in dem neuen Vorsitzenden des Liquidationskomitees, des Professors Binarski, der erklärte, daß er den unerwünschten Willen habe, die Liquidation durchzuführen, und der sich verpflichtet, die hauptsächlichsten Liquidationsfunktionen im Laufe des Jahres zu verrichten. Damit er aber dies beherzigen kann, muß ihm ein beträchtliches Kapital zur Verfügung gestellt werden, muß dem Liquidationskomitee eine größere Unabhängigkeit gegeben und aus den Liquidationsvorschriften alles das beseitigt werden, was eine schnelle Durchführung der Liquidation hemmt. Das läge im berechtigten Interesse der Deutschen und Polen.

2. Das Agrarreformministerium muß dem Agrarlandamt in Posen folgendes auftragen: a) Ein Verzeichnis der Anwesenheiten anzufertigen, die der Liquidation unterliegen, und die Anwesenheiten für Zwecke der Agrarreform übernehmen. Sehr beifällig kann hier die Agrarbank (Bank Rolny) sein, die demnächst in Posen gebildet werden soll. b) Genauer Ausübung der für die frühere Anwesenheitskommission in Verträgen mit den Anwohnern ausbedungenen Rechte, die den Übergang der Anwesenheiten auf den Staat im Falle des Verkaufs oder des Todes des Anwohners betreffen.

3. Das Innenministerium muß unbedingt daran gehen, deutsche Bürger und auch Deutsche, die für Deutschland optieren haben, aus Polen auszuweisen. Entgegen der Meinung von Personen, die mit den Grundrissen des internationalen Rechts (1) nicht genügend bekannt sind, hat die polnische Regierung dieses Recht nicht nur auf Grund des Versailler Vertrages, sondern auch auf Grund der bisherigen internationalen Praxis. So verfuhr selbst Deutschland im Jahre 1872 nach der Übernahme Elsaß-Lothringens. Die zahlreichen Eingaben von Deutschen über Verleumdung des polnischen Bürgerrechts sollten nicht berücksichtigt werden.

4. Das Außenministerium muß strenge Wahrung der polnischen Rechte und Interessen üben, ob gegenüber dem Völkerbunde und anderen internationalen Organen und Faktoren, oder während der Verhandlungen mit Deutschland, die wieder aufgenommen worden sind. Das Ministerium muß sich mit dem Innenministerium hinsichtlich der Ausweisung der Optanten verständigen, und es muß die Frage endgültig entscheiden, ob die Güter von Personen, die sogenannten mediatisierten Familien angehören, auf Grund des Artikels 256 des Versailler Vertrages auf den Staat übergehen oder der Liquidation unterliegen.

5. Das Kultusministerium muß die Rechtsverhältnisse der evangelischen Kirche in Polen festlegen und eine gesonderte, von Berlin unabhängige Organisation schaffen, entsprechend dem Artikel 115 der Verfassung. Es muß in Fragen des deutschen Schulwesens nicht das Recht der den Deutschen im Minderheitenverträge zuerkannten Berechtigungen überschreiten.

Wie Sie sehen, ist mein Programm nicht auf Rechtsgrundsätze gestützt. Als Jurist konnte ich ein anderes Programm nicht aufstellen. Daß mich die Deutschen be-

Der „Robotnik“ und die Revision des Versailler Vertrages.

Die Ruhe und der Friede Europas sind sicher so viel wert wie manche Artikel des Vertrages. Je weniger nationale Kämpfe, desto schwächer die Unzulänglichkeiten.

Als Kommentar zur Rede Hendersons schreibt der „Robotnik“:

„Das Wesen dieses Streites ist durch die Erklärungen MacDonalds noch nicht aus der Welt geschafft. Es handelt sich darum, daß Henderson der in den englischen Massen weitverbreiteten Ansicht Ausdruck gab, daß die Ursache aller Nachkriegsübel der Versailler Vertrag sei. Es ist dies Sache des Gefühls, das entstanden ist aus der Enttäuschung und Unzufriedenheit, aus der Arbeitslosigkeit und der Nachkriegsnot. Henderson sagte, als er seine Ansicht über die Notwendigkeit der Revision des Friedensvertrages begründete, sehr viel Nichtiges. Namentlich als er den gegenwärtigen Stand der Dinge in Europa kritisierte. Seine Vorwürfe gegen den Versailler Vertrag sind gewiß einseitig, da nicht nur dieser Vertrag, sondern in höherem Maße noch die Ententepolitik der Nachkriegszeit zur Herbeiführung des Chaos in Europa beigetragen hat. Aber es ist etwas anderes, selbst die richtige Kritik des Vertrages und etwas anderes, die Forderung seiner Revision und noch dazu die sofortige Revision nach einem Zeitraum von fünf Jahren, indem die europäischen Verhältnisse gerade auf diesem Vertrage organisiert und aufgebaut worden sind. Ist der Vertrag auch schlecht, so würde seine plötzliche Beseitigung eine noch schlimmere Lage schaffen.“

Henderson verlangt allgemein eine Revision der territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen und gibt nicht näher an, um welche Bestimmungen es ihm zu tun ist. Er macht auch keinen Unterschied zwischen dieser und jener Forderung. Indessen kann man diese Dinge nicht nach einer Schablone behandeln. Wenn es sich z. B. um die Frage der deutschen Entschädigungen handelt, so gibt es im Rahmen des Versailler Vertrages eine Reihe von Möglichkeiten zur Befriedigung. Und wenn es bisher dazu nicht gekommen ist, so liegt die Schuld daran an den bürgerlichen Regierungen der Entente und Deutschlands. Wenn

selbst in Sachen der Entschädigungen gewisse Änderungen in den begünstigten Artikeln des Vertrages eintreten sollten, so sehen wir darin noch keinen Grund zur Klage. Die Ruhe und der Friede Europas sind doch wohl so viel wert wie gewisse Artikel der Versailler Weisheit Lloyd Georges und Clemenceaus, unter der Voraussetzung jedoch, daß man die Änderungen vornimmt im Einvernehmen mit den interessierten Parteien und daß man sie auf die fruchtigen Fragen beschränkt, um nicht Präzedenzfälle für unbegründete Revisionen zu schaffen. Dasselbe wie über die Entschädigungsfrage kann man auch sagen z. B. bezüglich der Okkupation deutschen Gebiets u. a. m.

Ganz anders stellt sich die Sache dar hinsichtlich der Veränderungen der gegenwärtigen Grenzen in Europa. Hier wird jedermann einsehen, daß die bloße Erwähnung dieser Dinge schon eine kriegerische Stimmung schafft, da kein Staat sich unter den heutigen Verhältnissen freiwillig mit einer Verletzung seines Gebietes einverstanden erklären würde. Die Unklarheit der Hendersonschen Formel wird dadurch noch größer, daß er, indem er die Schöpfer des Vertrages für die Verewaltung alter Traditionen verantwortlich macht, gleichzeitig die Rückkehr zu den Ideen Wilsons verlangt, der doch in seinen 14 Punkten hinsichtlich der politischen Geographie Europas gründlich mit der Vorkriegsstrategie gebrochen hat. Es ist sicher, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages auch bei der Grenzführung Irrtümer und Fehler enthalten, die in gewissem Maße die Bestimmungen des Minderheitenabkommens ausgleichen sollen. Je weniger nationale Kämpfe es innerhalb der Grenzen eines Staates gibt, desto schwächer wird die Unzulänglichkeit des Vertrages empfunden werden. Aber die Revision der bestehenden Verträge erreicht nicht das gewünschte Ziel. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade jetzt das englische Oberhaus den nationalen Vertrag bestätigt hat, der doch sicherlich hinsichtlich der nationalen Grenzen auch nicht ohne Sünde ist.

Die Finanzianierung und Arbeitslosenproblem.

Ministerpräsident Grabki im Wirtschaftsrat.

In der Diensttagssitzung des Wirtschaftsrates wurde die Handels- und Zahlungsbilanz Polens besprochen. Nach eingehender Behandlung der Frage durch den Ministerpräsidenten, der u. a. sagte, daß eine Erhöhung der Zölle nötig sei, um das Finanzgleichgewicht zu schützen, ferner daß eine Ermäßigung der Exportsteuern mit Rücksicht auf die Verstärkung der Ausfuhr erwünscht sei, setzte die Aussprache ein, in deren Verlauf der Ministerpräsident dem Minister Grabki antwortete und besonders betonte, daß die Sanierung der Finanzen der kleinen Landwirtschaft das zutragende, was ihr die Inflation genommen habe. Zu der Frage der Zolltarife bemerkte der Premier, daß die Erhöhung der Zölle vor allem die Luxuswaren treffen werde. Der Industrie- und Handelsminister Kiedroń erwähnte, daß die Regierung für die Erhaltung der Handelsbilanz und für die Industrie große Opfer gebracht habe, und daß sie weitere Opfer nicht bringen könne. Die Industrie müsse von den Methoden der Devaluationsperiode zu den Methoden der Stabilisierungsperiode übergehen. In der Kreditpolitik sollen bestimmte Erleichterungen gewährt werden.

In der Mittwochsitzung des Wirtschaftsrates wurde die Arbeitslosenfrage besprochen. Ministerpräsident Grabki erklärte, daß die Arbeitslosenfrage vom aktuellen Standpunkt betrachtet werden müßte, d. h. daß die gegenwärtige vorübergehende Lage vor der Beschließung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in Betracht gezogen wird. Man müsse dazu Stellung nehmen, was jetzt zu tun sei, was die Regierung und was die Arbeitgeber tun sollten. In der Periode der Industriekrise greifen und greifen die Arbeitgeber zur Schließung der Fabriken, zur Verringerung der Zahl der Arbeitsstunden oder der Zahl der Arbeiter, während die Mittel, deren sich die Regierung bediene,

öffentliche Arbeiten, Lebensmittel und Geldbeihilfen seien. Die Hauptverantwortung im Kampf mit der Arbeitslosigkeit beruhen auf der Feststellung der Finanzgrundlagen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Schwerpunkt liege darin, daß unsere Industrie die Arbeitslosigkeit bis zum Austritt aus dem europäischen Gefüge auf ein Minimum beschränken kann.

Im Laufe der Aussprache legten die einzelnen Redner, je nach ihrem parteiischen oder beruflichen Standpunkt, besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit von Beihilfen oder die Organisierung öffentlicher Arbeiten, auf die Hebung der Konsumtionsfähigkeit des Innenmarktes oder auf den Export.

Nur in einer Frage waren sich die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse mit den Vertretern der Industriekreise einig, nämlich in der Gewährung von Warenkrediten an die Industrie, da die Hoffnungen auf ausländischen Kredit trügerisch seien.

Der Ministerpräsident erklärte in seiner Antwort, daß auf Budgetkosten öffentliche Arbeiten so lange nicht ausgeführt werden könnten, bis nach Bezahlung der nötigen Ausgaben der Staat Budgetüberschüsse habe. Im Augenblick, da für Finanzbedürfnisse keine Polennoten gedruckt werden können, man keinen Warenkredit geben. Da es sich jedoch in der Aussprache erwiebs, daß die Kreditgewährung für Umschmelzung der Industrie in bedeutendem Maße zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, wird sich die Regierung mit dieser Frage beschäftigen. Der Ministerpräsident ist überzeugt, daß sich in diesem Jahre die Baubewegung rege entfalten und einen Teil der Arbeitslosen, deren Gesamtzahl in Polen 114 000 betragen soll, beschäftigen wird. Der Seim müsse das Arbeitslosengesetz im Wege des Kompromisses beschließen.

kämpfen, darüber wundere ich mich nicht, weil die Rechtslage für sie sehr ungünstig ist. Aber ich begreife nicht, weshalb gewisse Warschauer Kreise sich für einen „Deutschentseuer“ halten, während ich nur Jurist und ein real denkender Mensch bin, der die tiefsten Deutschen genau (?) kennt und sich deshalb bezüglich ihrer natürlichen Gefinnung gegenüber dem polnischen Staat keine Illusionen macht.“

Dieses Programm des Herrn Kierski, der da „Jurist“ ist und der sich lediglich „auf Grundlagen des Rechts“ beruft, ist, wie gesagt, bekannt. Es wird heute nicht das letzte Mal sein, daß wir uns mit diesem ungeschriebenen Recht befassen müssen. Klar ist, daß sein Programm weder mit geschriebenem noch ungeschriebenem Recht etwas Gemeinsames hat. Wenn wir ihm entgegen, so fühlen wir nicht nur das Recht dazu, das der angegriffenen Partei zusteht, sondern wir fühlen auch die Verpflichtung, als polnische Staatsbürger das Wort zu ergreifen, als hat einmal selbst das Wort der „Deutepolitik“ gebraucht und vor diesem Wort, das uns diesen Mann in brutaler Nachtheit zeigt, haben wir keine Veranlassung, uns seine angeblichen juristischen Auslegungen unwillkürlich einzuflechten.

In der Zeit preussischer „Bedrückung“, in der Zeit der schärfsten Polenpolitik (1896/1913) hat die polnische Bevölkerung im ehemals preussischen Teilgebiet relativ und absolut sich nicht verringert, sondern vergrößert. Die Deutschen verloren in diesen Jahren an Grundbesitz 98 000 Hektar. Wenn man dazu die Erwerbungen von polnischer Seite in den Nachbarprovinzen hinzuzieht, so ergibt sich ein Verlust für die Deutschen von 120 000 Hektar. Wenn Herr Kierski behauptet, daß er das Posener Gebiet kennt, und auch aus Deutsche „erkennt“, sprechen wir ihm diese Kenntnis vollständig ab. Herr Kierski verlangt, daß von den 1 120 000 Deutschen, die der Friedensvertrag von Versailles ohne Abstimmung hier hinterließ, nur der letzte Teil von ihnen verbleiben dürfe, ja er verlangt sogar, daß die deutschen Großgrundbesitze liquidiert

werden sollen, auch wenn Polen kein Geld dafür hat. Wir möchten in diesem Zusammenhang an die polnische Anstaltungsbank (Bank Ziemi) erinnern, die im Jahre 1888 durch mangelhafte Verwaltung an den Rand des Abgrundes gezogen wurde. Und wir erinnern daran, daß diese Bank, die die polnische Anstaltung bezweckte, die einzige Rettung vom preussischen Staat erwartete. Und wir möchten auch daran erinnern, daß die preussische Regierung sich bereit erklärt hat, den Polen bei Siedelungen durch größere Kredite beihilflich zu sein.

Die Entdeutschungspolitik des „Juristen“ Kierski kann sich weder auf internationalen Verträgen noch in der polnischen Verfassung die Grundlage verschaffen, die sein uneingeschränktes Recht zusteht. Ja, selbst eine Politik der Vergeltung nach dem Grundsatz „Auge um Auge“ gibt dem staatsgefährlichen Programm dieses von seinem Wissen so überzeugten „Sachverständigen“ für internationale Rechtsfragen keinen Anhaltspunkt. Ein Mann wie er, der sich als Richter über den Völkerbund stellt, der sich ein Urteil anmaßt in Fragen, die der höchste Gerichtshof im Haag bereits entschieden hat, die machen ihn deswegen nicht wichtiger, die machen ihn höchstens lächerlich. Wer die Richter des Welttribunals im Haag als pflichtvergeissene Tendenzpolitiker hinstellt, der nützt nicht Polen, der ruft schwere, nicht gut zu machende Konflikte herauf.

Preußen hat das Gegenteil von dem getan, was Herr Kierski hier verlangt, obwohl wir nicht für die Politik, die Preußen Polen gegenüber trieb, das Wort ergreifen wollen.

Herr Kierski handelt nach dem russischen Grundsatz, den ein Mikiewicz in seinem „Pan Tadeusz“ erwähnte: „Gott schuf die Hände zum Nehmen.“ Wir achten die polnische Nation viel höher, und wir empfinden es als eine Verleumdung Polens, wenn man der Regierung in Warschau russische Methoden empfiehlt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Zeugenvernehmungen im Hitlerprozeß.

Atomik. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Hauptangeklagten Döring 10 Jahre Zuchthaus, gegen Stüttdirektor Bernhard und Oberrevisor Stüttdirektor je 8 Jahre Gefängnis und gegen Chefredakteur Michna 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautet: Döring wird zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt; die Mitangeklagten Stüttdirektor Bernhard, Oberrevisor Stüttdirektor und Chefredakteur Michna werden freigesprochen.

Döring hatte sich in Atomik als deutscher Offizier ausgegeben und auch erzählt, daß er in Rumänien als deutscher Spion gewirkt und dort zum Tode verurteilt worden sei. Es sei ihm jedoch gelungen, nach Deutschland zu entfliehen. Indessen wurde aber festgestellt, daß Döring es beim deutschen Militär nur bis zum Gefreiten gebracht habe und in Rumänien nicht wegen Spionage, sondern wegen Unterschlagung von Geld zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und auch die Strafe dort abgebußt hatte. Auch eine ganze Reihe anderer Lügen wurden Döring nachgewiesen, der, als er in Atomik-Vernehmungen inhaftiert worden war, dadurch einen Freispruch (1) erlangen wollte, daß er plötzlich das Angebot machte, er würde fortan für die polnische Sache arbeiten. Das Urteil gegen Döring fiel so milde aus, weil er an einer unheilbaren Lungenerkrankung leidet.

Zwischenspiele.

Verschiedene Pariser Blätter wissen zu sagen, daß der Briefwechsel zwischen Mac Donald und Poincaré in Deutschland „Sorge“ erweckt habe. Die neue Einigung mit England wird als etwas absolut Sicheres in Berlin betrachtet, das nicht „im Interesse der deutschen Politik“ liege. Dabei versuchen die französischen Blätter immer energischer den Nachweis zu führen, daß die Versöhnung Europas lediglich durch den aggressiven Ton Stresemanns (1) verhindert werde. Es wird behauptet, daß Mac Donald gezwungen sei, auf Vorschläge im Sinne Frankreichs zu antworten. Diese Behauptung ist nicht richtig. Aus den Briefen der beiden Minister geht klar hervor, daß Herr Poincaré sich nur dann zu einer Verständigung mit Mac Donald bereit erklärt, wenn dieser den Standpunkt Frankreichs anerkennt. Auch ein Artikel des „Matin“ spricht darüber, als er die Neutralisierung der Rheinlande betrachtet. Es scheint auch in England, wie Pressestimmen berichten, der Gedanke zu bestehen, daß eine Neutralisierung des Rhein- und Ruhrgebietes in gewissen Kreisen in Erwägung gezogen wird. Der „Manchester Guardian“ wendet sich gegen die Forderung dieses „unglücklichen Projektes“. Er sagt, man habe dem Völkerbund keinen Dienst erwiesen, als man ihm die Herrschaft über das Saargebiet anverleihe. Es ist aber auch keine Entschuldigung für den Völkerbund, daß er sich in diesen Fragen zu einem Werkzeug Frankreichs machen ließ. Sein schlimmster Fehler sei, daß nach dem Saargebiet immer solche Personen berufen werden, die gegen Deutschland unloyal sind.

Von anderer Seite wird in England bestritten, daß Mac Donald die Neutralisierungspläne Poincarés in irgendeiner Weise unterstützt. Es wird gesagt, daß schon in den nächsten Tagen gezeigt werden soll, wie wenig die Antwort des Herrn Poincaré den Erwartungen der englischen Regierung entspricht. Derselbe Meinung wird auch von solchen Politikern vertreten, die nicht gerade deutschfreundlich sind. Die offizielle französische Meinung der Annäherung Frankreichs an England wird also in London ziemlich bezweifelt.

Mit großem Interesse erwartet man in London die Kommentare des Herrn Poincaré. Der „Star“ schreibt: „Nur aus dem Grunde, um zu hören, wie der Gedanke, das Rheinland und Ruhrgebiet zu neutralisieren, in Frankreich aufgenommen wird.“ Der deutsche Botschafter in London hatte heute eine Besprechung im Auswärtigen Amt mit Mac Donald.

In dem neuen Tiefenrond des französischen Front schreibe der Handelsattaché des „Star“, daß man den Briefwechsel zwischen Poincaré und Mac Donald zunächst als ein gutes Anzeichen begrüßt habe. Bei näherem Zusehen aber habe man gefunden, daß man einer Verständigung nicht näher gekommen sei. Bemerkenswert ist, daß der belgische Front, der sonst sehr stark dem französischen Front zu folgen pflegt, am gestrigen Tage eine größere Widerstandskraft zeigte. Es scheint also, daß die Freundschaft mit Frankreich nicht immer günstig für die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes ist.

Repressalien in Pirmasens.

Die General de Metz dem stellvertretenden Regierungspräsidenten der Pfalz mitteilte, soll der von den Franzosen über Pirmasens verhängte Belagerungszustand aufgehoben werden. Auch sollen einige andere Erleichterungen für die Bewohner eintreten. General de Metz hat nach seiner Mitteilung ferner bei dem Sonderauschuß der Rheinlandkommission Schritte unternommen wegen Aufhebung der französischen Repressalien und wegen Freilassung der nach der Verteilung der Separatisten verhafteten Pfälzer, deren Zahl etwas über 100 beträgt. Bis jetzt ist über einen Erfolg dieser Schritte nichts bekannt geworden. Die französischen Repressalien gegen Pfälzer, die unter dem Verdacht stehen, an der Abwehr der Separatisten beteiligt gewesen zu sein, dauern bis heute immer noch fort. So hat der französische Bezirkskommandant von Kusel der deutschen Polizei den Befehl gegeben, die Personen zu ermitteln, die beim Abzug der Separatisten Kundendienst geleistet haben. Die Pirmasenser Separatisten befinden sich zum größten Teil noch im Rathaus. Sie müssen auf französischen Befehl von der Stadt befreit werden. Diejenigen Separatisten, die beim Sturm der Bevölkerung auf das Bezirksamtsgelände verhaftet wurden und sich im Krankenhaus befinden, müssen von einem deutschen Schutzmann bewacht werden. Ein Soldat der marokkanischen Wache im Krankenhaus verfuhr im Gang ein Stillsitzungsattentat auf eine Krankenschwester zu verüben. Dem Mädchen gelang es jedoch, sich loszureißen und in das Zimmer des deutschen Schutzmannes zu flüchten.

In kurzen Worten.

Der frühere Reichsminister Dr. Wirth ist an Lungenentzündung erkrankt. Sein Zustand soll ernst sein.

Wib geworden scheint ein belgischer Ostkommandant in Ostrop, der in einem Schreiben an die Oberbürgermeister seines Bezirks darauf hinweist, daß jedes Quartier belgischer Soldaten als militärischer Posten (1) gilt, der sich gegebenenfalls nach dreimaligem Anruf mit der Waffe verteidigt, falls die neutrale Zone überschritten wird.

Der frühere englische Minister Balfour hat in einer Rede betont, daß es unter den gegenwärtigen Umständen Deutschland unmöglich sei, Reparationsleistungen zu gewähren.

Der Aufstand in Mexiko kann als beendet erklärt werden. Die Führer haben sich bereits jenseits der Grenze in Sicherheit gebracht. Sie geben das Mißgelingen der Revolution an.

In der Station Winterhain bei Frankfurt a. M. sind infolge der Weltentstellung zwei Versionen umgekippt und etwa 20 Meter weit geschleift worden. Die Infanten verhielten sich durch die Fenster zu entkommen. Zwei junge Mädchen wurden dabei auf der Stelle getötet. 15 bis 20 Personen sind teils schwer, teils leicht verletzt. Zwei der Verletzten sind auf dem Wege zum Krankenhaus gestorben.

General Sikorski soll nach einer Sondermeldung des „Kurier Ponomski“ einen Tagesbefehl erlassen haben, der Militärpersonen verbietet, Vertretern der Presse irgendwelche Nachrichten zu erteilen.

Am eigenen Grabe.

Reise u. Schiffe. Der „Kurier Ponomski“ meldet: „Am 2. April 1934.“

Nachdem gestern unter Ausschluss der Öffentlichkeit von den vorgezeichneten elf Zeugen nur zwei vernommen worden sind (General v. Lichowicz und Oberst Leupold), deren Aussagen nicht unvollständig von einander abwichen, haben sowohl der Staatsanwalt als auch der Verteidiger auf die Vernehmung weiterer Zeugen aus der Infanterieschule verzichtet.

Am Nachmittag wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt, und als erster kam Oberregierungsrat Kemmerl zu Wort, der Stellvertreter des Münchener Polizeipräsidenten. Ihm und auch den nachfolgenden Zeugen sind hauptsächlich Fragen vorgelegt worden, welche Klarstellen sollten, ob Oberamtmann Frid sich aktiv für den Putsch einsetzte und Maßnahmen getroffen habe, um den Umsturz zu erleichtern. Kemmerl erklärte, daß Frid fast ausschließlich eingestellt gewesen sei und mit der führenden Persönlichkeit der bürgerlichen Bewegung Beziehungen aufwachte erhielt. Er persönlich habe niemals den Eindruck gehabt, daß sich Frid einer Bewegung anschließen würde, die auf gewaltsame Änderung der Verfassung hinarbeite. Die Vorbereitungen zur Vernehmung im Bürgerbräu sind von der politischen Polizei getroffen worden. Er habe erst später davon erfahren.

Regierungsrat Balfour, der darauf vernommen wird, erklärt, er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Hitler den Reichsfinanzposten übernehmen wollte. Hitler wiederholte hier seine Erklärung, daß er bis zur endgültigen Abrechnung mit den November-Verbrechern die Leitung des politischen Kampfes zu übernehmen entschlossen war und daß er diesen Kampf durchführen werde, wenn auch vielleicht nicht jetzt, so doch in späterer Zeit. Auf Fragen von verschiedenen Verteidigern äußert er, der Zeuge, sich dahin, er habe es für dienstlich, daß Oberamtmann Frid nicht den stellvertretenden Polizeipräsidenten zuerst verständigt, sondern den diensthabenden Polizeioffizier im Polizeipräsidium, denn ein Einsetzen der Polizei im Bürgerbräu hätte ein Blutbad zur Folge haben können. Er hätte jedenfalls die Alarmierung nicht allein gemacht, sondern sich mit dem diensthabenden Offizier verständigt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung fragt Justizrat Beitz, ob es nötig war, daß Rahr im Bürgerbräu-Keller Komödie spielte, um ein Blutbad zu verhindern. Der Zeuge erwidert, wenn Rahr erklärt hätte, daß er nicht mitläuft, dann wäre er vielleicht abgeführt worden, aber passiert wäre ihm nichts. Zeuge glaubt nicht, daß ein Blutbad entstanden wäre. Der Zeuge erklärt dann weiter, er selbst habe sich nicht daran beteiligt, irgend etwas gegen den Putsch zu tun, da er, wie alle übrigen in Frage kommenden Beamten, monarchisch gesinnt sei und außerdem Rahr als Generalstaatskommissar mitgemacht habe.

Regierungsrat Bernreuter ergänzt diese Aussagen und entlastet gleichfalls den Oberamtmann Frid, der, wie er sagt, von den Vorgängen ziemlich überrascht gewesen sei und jedenfalls

Gold und Land.

Rußland und Rumänien.

In Wien beginnen die rumänisch-russischen Verhandlungen über Bessarabien, die allseitig mit großem Interesse verfolgt werden. In Wiener offiziellen Kreisen verlautet, daß bei den Verhandlungen mit großen diplomatischen Schwierigkeiten gerechnet werden muß. England und einige andere Mächte haben die Annexion de jure anerkannt, der Vertreter des russischen Außenkommissars Litwinow wiederholt, daß Rußland gar nicht daran denke, auf Bessarabien zu verzichten, und man weiß nun auf dem Balkan, daß darauf hin, daß das rumänische Gold, das nach Rußland während des Krieges evakuiert wurde, von den Bolschewiken als Leih- und Druckmittel gegen Anexionen benutzt werden kann.

Aber das Vorhandensein dieser Goldreserven bedeutet aber große Zweifel. Ein Teil davon wurde nämlich nach Kasan geschafft und dürfte den Russen in die Hände gefallen sein, auch ist es fraglich, ob der Rest nicht von den Bolschewiken für andere Zwecke verwendet worden ist. Ehe die Rumänen sich aber in ernste Verhandlungen einlassen, werden sie Beweise für das Bestehen ihrer Goldreserven verlangen. Es verlautet, daß der Sowjetbotschafter in Berlin, Litwinow, zum Vorherrschen der russischen Abordnung in Wien zu den rumänischen Verhandlungen ernannt werden wird.

Durch die russisch-rumänischen Verhandlungen werden alle die komplizierten Beziehungen am Unterlauf der Donau und am Schwarzen Meer berührt. Die Grenzen zwischen Rußland und Rumänien sind streng getrennt. Rumänien hat sich stets geweigert, einen Sowjetvertreter in sein Gebiet betreten zu lassen. — Bevor die besatzmäßige Frage geregelt ist, kann an eine Minderzahl normaler Verhältnisse im Südostgebiet des Schwarzen Meeres nicht gedacht werden. Da die Wiener Konferenz eine Lösung bringen wird, bleibt fraglich.

Ryloff in Berlin?

Die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Izwestia“ meldet, daß der Vorsitzende der Volkskommission Ryloff, der Nachfolger Brins, sich infolge in Berlin befindet. Reisende, die ihn persönlich kennen, hätten ihn die Grenze in Gdansk passieren gesehen, auch in Berlin sei man ihm begegnet.

Ryloff hat laut offiziellen Meldungen aus Moskau einen längeren Urlaub erhalten, um ein Sanatorium im Kaukasus zu besuchen. Es wäre aber nicht ausgeschlossen, daß er seinen Urlaub zu einer Reise nach Deutschland benutzte. An amtlichen Stellen wird nichts über seine Gegenwart in Deutschland mitgeteilt.

Letzte Meldungen.

Der neue polnische Gesandte in Paris.

Wie der „Prasada Kurany“ erzählt, soll der frühere Landwirtschaftsminister Michal Chlapowski vom Klub der Christlich-Nationalen zum Gesandten in Paris ernannt werden.

Das Rechtsabkommen unterzeichnet.

Warschau, 8. März. Das Außenministerium gibt bekannt: Der Bevollmächtigte Polens, Witold Pradabinski, und der Ministerpräsident des Reiches, Adolf Brüggemann, haben Verträge unterzeichnet, die zwischen Polen und Deutschland über den Rechtsverkehr und die Barmittel- und Handelsfragen abgeschlossen wurden. Durch den Abschluß dieser Verträge werden zahlreiche Schwierigkeiten vermieden, und der Verkehr zwischen den gemeinsamen Grenzen und sehr lebhaften Beziehungen ist für beide Seiten außerordentlich. In wirtschaftlicher Beziehung befreit der Vertrag über den Rechtsverkehr eine der zahlreichen Schwierigkeiten.

Vor einem Hochwasser in Warschau.

Aus Warschau wird gemeldet, daß der Wasserpegel der Weichsel sich dort um 1,60 Meter gehoben hat. In Warschau hat sich angesichts der drohenden Gefahr eine besondere Organisation zur Vermeidung entsprechender Maßnahmen gebildet.

keine Freude ausgedrückt habe, als Köhner ihn zur Übernahme des Polizeipräsidiums bewog. Der Zeuge selbst hat an der Vernehmung im Bürgerbräu teilgenommen und ist am Schluß verhaftet worden.

Aus weiteren Zeugenaussagen geht hervor, daß Hitler sich mit der Fälschung der sozialdemokratischen „Münchener Post“ und Aufrufen in Bayern nicht einverstanden erklärt habe. Köhner habe mit Hitler diese Vorfälle besprochen und betont, daß die Bewegung durch derartige Ausschreitungen diskreditiert werden würde. Hitler habe strenge Ordnung zugefugt und dieses Versprechen gehalten, wie aus einem Einzelfalle hervorgehe: Ein Polizeiwachtmeister stellte nämlich Hitler mit, daß eine israelitische Speiseanstalt von Nationalsozialisten überfallen sei. Zufällig sei der betreffende Gruppenführer zugegen gewesen, der auf Befragen Hitlers erklärte, er habe bei dieser Sache das Parteiabzeichen abgelegt. Darauf erklärte Hitler, mit solch einer Handlung habe er sich außerhalb der Partei gestellt und sei somit seiner Mannschaft aus der Partei ausgeschlossen. Außerdem werde Hitler dafür Sorge tragen, daß die in Frage kommenden Leute bei keinem ausländischen Verbands mehr aufgenommen werden sollen.

Hierauf macht Kriminaloberkommissar Kiefer Aussagen. Der Zeuge sollte am 8. November abends im Bürgerbräu mit 30 Schutzleuten die Ordnung aufrechterhalten. Als Hauptmann Köhring in den Saal gekommen sei, habe er zu ihm gesagt: „Warten Sie bis 8 Uhr 40 Minuten, dann kommt Frid.“ Frid habe dann auf seinen Anruf erklärt, daß er, Kiefer, unter diesen Verhältnissen nichts tun könne.

Zeuge Polizeiwachtmeister Büsch hat in der Vernehmung den Ruf gehört, daß die Polizei in fester Hand stehe. Auf seine Frage, wer diese feste Hand sei, sei ihm erklärt worden, daß Oberamtmann Frid Polizeipräsident werde.

Der nächste Zeuge, Major a. D. Huber-Bahreuth, äußerte sich über die Besprechung der militärischen Maßnahmen der Nationalsozialisten am 23. Oktober. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde seine Vernehmung auf Schluß der Sitzung verschoben.

Der ehemalige Polizeibeamte Hoffmann sagt aus, er habe die Wahrnehmung gemacht, daß ein Widerstand gegen die Staatsgewalt absolut nicht geplant gewesen sei.

Der Kaufmann Josef Werner, der ebenso wie Hoffmann unbestritten vernommen wird, will die Bemerkung, daß man der neuen Regierung huldigen wolle, nicht vernommen haben.

Das Gericht beschloß hierauf, für die Dauer der Vernehmung des Zeugen Majors Huber die Öffentlichkeit auszusperren. Die weiteren Zeugenvernehmungen finden erst am Donnerstag vormittag statt. Die Vernehmung der drei Hauptzeugen Rahr, Boffow und Geisler wird erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Neues vom Tage.

Ein „Vernehmung“ des Richters durch den Angeklagten. Ein kleines, schwächliches Männchen mit einer beschwärmten Nase, die bis auf die Schultern herabfällt, wurde, wie der „B.Z.“ meldet, kürzlich dem Amtsgericht Berlin-Mitte vorgeführt. Der Angeklagte nennt sich „Schriftsteller“ Adolf Glöckmann. Er ist vielfach, sogar mit Zuchthaus, verurteilt. Jetzt hatte er sich wegen zweier Diebstähle, dreier Betrugsfälle und zweier versuchten Betrugsfällen zu verantworten. Entgegen allem Herkommen eröffnete der Angeklagte die Verhandlung und begann den Vorherrschen zu vernehmen: „Sind Sie der Ankläger Dr. Reumann?“ Als der Richter erkannte, sprudelte der aufgeregte Mann hervor: „Dann bestreite ich zunächst meine Schuld und ebenso Ihre Berechtigung, mich abzuurteilen. Sie haben Ihr Amt von Ebert und Scheidemann. Ich lasse mich nur von einem Mann aburteilen, der von Gottes Gnade eingesetzt ist.“ Das Gericht drehte dann den Kopf um und prüfte den „wilden Mann“ auf Herz und Nieren. Der aber wollte sich an nichts erinnern, hatte seine Haftstrafen vergessen und meinte schließlich: „Einmal bin ich ja zu 20000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, aber das bestreite ich auch.“ Der Verteidiger ließ feststellen, daß der Angeklagte auch im Gefängnis die Annahme von Essen verweigert habe. Der medizinische Sachverständige hielt es für notwendig, den Angeklagten sorgfältig zu untersuchen, da er nicht ohne weiteres ein abschließendes Urteil abgeben könne, ob es sich um einen Geisteskranken oder einen Simulanten handle. Daraufhin beschloß das Gericht, Glöckmann in eine Irrenanstalt zur Beobachtung überführen zu lassen.

Es geht schief. Durch den Rückgang des Lebensmittelpreises in Mitteleuropa ist die Lage der amerikanischen Getreidefarmen eine sehr schwierige geworden, daß man, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, allen Ernstes in den amerikanischen Städten dafür Propaganda macht, daß jeder pflichtbewusste Staatsbürger zu jeder Mahlzeit eine Scheibe Brot mehr esse als gewöhnlich, damit den Farmern ihre Weizenlast vom Hals geschafft werden könne. In Argentinien ist man nach den neuesten Nachrichten dazu übergegangen, wiederum das überflüssige Getreide als Düngemittel zu verwenden. — Währenddessen betteln Hunderttausende deutscher Kinder verzweifelt um ein Stücklein Brot.

Die schmutzige Ostfahrt der Welt. Phari-song, wo die Mount-Everest-Expedition für einige Wochen Quartier zu beziehen gedachte, darf, wie die „Post“ (Zg.) schreibt, den fröhlichen Ruf für sich in Anspruch nehmen, der schmutzigste Ort der Welt zu sein. In einem kleinen Hügel inmitten der Ebene, von der der Ort seinen Namen erhalten hat, gelegen und wenige Kilometer von dem Chomolhari, einem der herrlichsten Berge Tibets entfernt, befindet sich Phari aus einer Fassung, um die herum etwa 200 Hütten stehen, in denen die Eingeborenen leben. Als der Ort vor etwa 500 Jahren angelegt wurde, lagen diese Hütten über dem Strassenniveau. Heute aber sind dank der Gefährlichkeit der Bewohner, allen Unrat und Müll vor die Tür zu werfen, die Häuser im Schmutz begraben, durch den Wege nach der Straße geräumt worden sind. So kommt es, daß das Strassenniveau heute zumeist über den Dächern der Häuser liegt. Vor dem Wasser haben die Eingeborenen derartige Scheu, daß sie sich ihr ganzes Leben nicht einmal waschen. Phari liegt rund 5000 Meter über dem Meeresspiegel und ist demzufolge der höchstgelegene unter den ständig bewohnten Orten der Erde. Während ihres Besuchs werden die Mitglieder der Everest-Expedition, die zunächst den Chomolhariberg näher erforschen wollen, der Unannehmlichkeit überhoben sein, in den Schmutzquartieren der Eingeborenen zu wohnen, da ihnen die indische Regierung das hübsche Landhaus, das sie für ihre in Tibet beschickten Beamten erteilt hat, zur Verfügung stellt. Hier befindet sich auch ein Post- und Telegraphenamt, das wohl das höchstgelegene der Welt ist und von dem aus die Expedition ihre Berichte in die Welt senden wird.

GRANDS VINS MOUSSEUX ALLEIN-VERTRIEB
Georges Geiling & Cie HARTWIG
KANTOROWICZ
NAST. TOWAR.
REIMS - POZNAN POZNAN

Für die uns zu unserer Hochzeit so
zahlreich gesandten Glückwünsche und
ermessenen Aufmerksamkeiten sagen
wir unseren herzlichsten Dank.

H. Morawetz u. Frau
Friedel, geb. Flussek.

Marczewiec, den 6. März 1924.
(pocz. Oborniki).

Für die vielen Beweise der Teilnahme,
die uns zuteil wurden, sprechen
wir allen unsern

aufrichtigsten Dank

aus.

Familie Loewenthal.

Posen, den 6. März 1924.

Sackmaschinen

System „Woolnough“
(wie von Dehne gebaut)

für Getreide und Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in
allen Breiten — desgl. Sackmesser.

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfsartikel,
Fette und Öle.

Poznań, ul. Św. Mikołaja 6. — Tel. 52-25.



**MARKE
TEEKANNE**

„der Gehaltvolle“

also der billigste und zugleich
der feinste Tee im Verbrauch

Hauptdepositor für Marke „Teekanne“
ulica Wroclawska 15.

Dachziegelrähmchen zu kaufen gesucht.
Angebote an 15773
Kropf, Dampfziegel, Pleszew Bahnhof.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

Posener Tageblatt (Posener Parte)
für den Monat März 1924

Name

Wohnort

Postamt

Strasse

**Roggen
Weizen
Gerste
Hafer**

Erbsen

Futterrübensamen

Kartoffeln

Uspulun (zum Beizen von Saatgut)

hat abzugeben

Posener Saatbaugesellschaft

Poznań, Wjazdowa 3.

Ausführliche Preisliste mit Sortenbeschreibungen werden auf
Wunsch kostenfrei übersandt.

Saat-, Industrie- u. Speise-

Kartoffeln

zu den höchsten Tagespreisen

kauft

Bank Kwilecki Potocki & Ska.

Sp. Akc.

Zentrale: Poznań, Aleja Marcinkowskiego 11.

Filialen: Danzig, Warszawa, Toruń, Inowrocław,
Ostrów, Katowice, Wilno.

Schneiderlehrinstitut u. hauswirt-Pensionat

Galezno, Wrocławska 27.

Beginn des Sommerkurses, Dienstag, 1. April

Lehrfächer: Akademische Schnittlehre sämt-
licher Damen- und Kinderbekleidung,
Wäsche eingeschlossen, sowie beste Anleitung
zur Anfertigung der Sachen.

Ausföhrliche Arbeit jeder Art.

Haushaltungssache Kochen, Feinbäckerei,
Servieren usw.

Nähere Auskunft erteilt die

Leiterin M. Huwe.

Die Arbeiten des Winterhalbjahres sind am 29.

und 30. März nachmittags im Logenlokal,
ul. Mikołaja öffentlich ausgeführt.

In Oberschlesien

erscheint

als älteste und weitverbreitetste Tageszeitung die be-
währte Anzeigenzeitung, das beliebteste Familienblatt:

Der obereschlesische Wanderer.

Wer Geschäftsverbindungen in Oberschlesien sucht,
erreicht durch Anzeigen im Wanderer schnell
mit verblüffendem Erfolg sein Ziel.
Die 10-spaltige mm-Beile kostet 12 1/2 Goldpfennige.

Jeder Oberschlesier im Reiche,

welcher über die Vorgänge in der Heimat unterrichtet
sein will, bestelle den Wanderer bei der Post seines
Wohnortes oder direkt beim Verlage in Gleiwitz.

Anzeigen für den Wanderer vermittelt die Geschäftsstelle
des „Posener Tageblattes“ ohne jeden Aufschlag

Chiffre-Angebote

(Offertenbriefe),

denen das Briefporto mit
200 000.— Mark

nicht beigefügt ist, können für sich allein
nicht weitergeleitet werden.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, 6. 3. 7 1/2 Uhr: „Die Jüdin“, Große
Oper von Halevy.
Freitag, den 7. 3. 7 1/2 Uhr: „Cavalleria Rusti-
cana“, Oper von Mascagni u. „Bojazzo“,
Oper von Leoncavallo.
Sonntag, den 9. 3. 7 1/2 Uhr: „Lohengrin“, Ro-
mantische Oper von Wagner. Gastspiel M.
Semlitski.
Sonntag, den 9. 3. nachm.: „Glocken von Corne-
ville“, Komische Oper von Planquette.
(Erm. Preise.) — Abends: „Auhreigen“,
Oper von Kienzl.

Vertretung u. Lager Schuhfabrik

von dortiger
für Stapel- und Mittelgenre
für Polnisch-Oberschlesien gesucht.
Prima Referenzen gegeben und verlangt

H. Epstein, Kattowitz. Postfach 172.

Original- Futterrübensamen „Substantia“



Eine harte weiße Rübe,
glänzend bewahrt bei der
Mast u. zur Trocknung. Seit
20 Jahr. bestens eingeführt.
Gute Futtererträge, vor-
zügliche Haltbarkeit. Einzige
Original, u. polnisch.

100 Pfd. M. 102 300 000.

10-50 Pfd. a M. 1030 000.

Bleeker-Kohl Saat.

Wielka Stupa, Post Środa.

Französisch. und engl. Unterricht

erteilt gewissenhaft gegen
mäßiges Honorar.
Geht. Offerten unt. B. 5550
an d. Geschäftsst. d. Blattes.

Verbindung

mit Kartoffel-Exporteuren

suchen

Ludwig Kaiser & Co.,

Stettin,

Friedrich-Straße 37.

Berlin-Polen.

Tausche meine Häuser in
Berlin gegen ein Gut oder
Haus in Polen. Offerten
bitte an „Par“, Poznań,
ulica 27. Grudnia 18, unter
Nr. 58, 252 zu richten.

Bej. Fräulein,

25 Jahre alt, sympathisch und
wirtschaftlich, mit sehr guter
Friedens-Ausdauer und Ber-
mögen, wünscht sich zu ver-
heiraten mit nur bej. Herrn.
Zuschriften unter 5772 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Andacht in den
Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica

Freitag, 7. März, abends 5 1/2

Uhr

Sonntag, morg. 7 1/2 Uhr,

vorm. 10 Uhr,

nachm. 5 1/2 Uhr Mincha mit

Jugendandacht u. Predigt

Sabbatausgang abends 6 u.

33 Min.

Werktags-Andacht.

Morgens 7 Uhr und abends

6 Uhr.

Nach der Morgenandacht

Lehrorttag.

Donnerstag abends 7 Uhr,

Adar-Feter.

Synagoge B

(Straß. Brüdergemeinde).

Ulica Dominikańska.

Freitag, 7. März, abends 5 1/2

Uhr

Sonntag, 8. März, vor-

mittags 10 Uhr

Empfehle für die
Frühling- und Sommer-Saison:

Modealben

Mody Wytworne i Praktyczne

zum Preise von 8.000.000 M.

und

Der Moddeführer

zum Preise von 4.500.000 M.

Beide Modealben haben umfang-
reiche Schnittmustertafeln.

Ausserdem besitze ich alle

Schnittmuster

der Modealben „Mody Wytworne“.

In grosser Auswahl empfehle ich
Bücher für allerlei Handarbeiten.

S. Kałamajski

Poznań, plac Wolności Nr. 6.

Habe laufend waggonweise billigt abzugeben

Braunkohlen

sowie

Braunkohlen-Briketts.

Richard Korbe, Zbąszyń, 15701

General-Vertretung der Schweiß-Willauer Kohlenwerke

Aus Stadt und Land.

Posen, den 6. März.

Zur letzten Ruhe.

Nun ruht er im kühlen Schoß der Mutter Erde, unser Wilhelm Dementhal; gestern haben wir ihn auf dem Christuskirchhofe in Gurtzsch zur letzten Ruhe gebettet. Schier unermesslich war die Fülle der Leidtragenden, die die betagte Mutter und die jetzt ganz verwaisen Kinder des wackeren Mannes auf diesem schweren Gange begleiteten. Eine endlose Trauerversammlung füllte die geräumige Friedhofskapelle, Kopf an Kopf gedrängt, und eine mindestens ebenso große, wenn nicht noch größere Menge hatte keinen Einlaß mehr gefunden. Sie alle waren von nah und fern und aus allen Berufsständen gekommen, um eine Ehrenpflicht gegen den Mann zu erfüllen, der dort vor dem Altar im engen Schrein, zur letzten Ruhe mit geräucherter Haupt gebettet, lag, aus dem die überschäumende Fülle der für alles Gute, Ehre und Ehre, für Recht und Gerechtigkeit sich einsetzenden Gedanken zu quellen pflegte. Den Sarg schmückte eine zahllose Menge kostbarer Kränze mit prächtigen Blumen, die er, der zartfühlende Mann, geliebt hatte, und als kurz nach 4 Uhr die Trauerandacht begann, blinnten die goldenen Strahlen der untergehenden Sonne durch die bunten Fensterscheiben, das nahe Erwachen Walburs, des Sonnengottes, kündend, den der Entschlafene gerade in diesem Jahre nach den endlosen Wochen des starren Winters so sehr herbegefehnt hatte, und der er nun doch nicht mehr schauen sollte.

Der Trauerandacht verließ der vom Posenerchor des Evangelischen Vereins junger Männer gesungene Choral: „Wer weiß, wie nahe mir mein Ende!“ eine ganz besonders sinngemäße weiche, vollkommene Einleitung. Auf den gleichen Ton gestimmt war die padende Gedächtnisrede des Superintendenten R. Gode über das Schriftwort Matth. 24, 42: „Denn wachet, denn ihr wisset nicht, welche Stunde euer Herr kommen wird.“ Eine Schredensstunde sondergleichen war es, so führte der Geistliche aus, als am Sonntag vor-mittag die Nachricht von dem furchtbaren Unglücksfall sich verbreitete, durch den der Entschlafene aus dieser Zeitlichkeit, nach menschlichem Ermessen lange vor der Zeit, mitten aus seinem schaffensreichen Leben abgerufen wurde. Tiefes, inniges Mitgefühl erfüllte alle mit dem so jäh aus dem Leben Geschiedenen, mit seiner betagten Mutter, die nun ihr vorletztes Kind dahingerafft sah, und mit seinen drei jetzt völlig verwaisen Kindern. Der Geistliche zeigte, was er seinen nächsten Angehörigen, besonders seinen Kindern gewesen war, und wie seine Erziehungslust gerade darin bestanden habe, sie zu selbständigen Persönlichkeiten zu erziehen. Dann zeichnete er in scharf umrissenen Strichen ein Bild seiner einzigartigen Persönlichkeit für die Allgemeinheit und hob als besonders beachtende Züge seines Charakters hervor, daß er unentwegt furchtlos, selbstlos und treu gewesen und sich niemals untreu geworden sei. Dafür sei ihm der Dank weiterer Kreise gewiß. Er schloß mit dem herzlichsten Wunsch, daß dieser Dank sich gegen die drei Kinder, deren Zukunft jetzt so unsicher geworden sei, auswirken möge. Mit Gebet und Segen endete die Trauerandacht.

Darauf erfolgte die Überführung des Sarges unter den Choral-Märgen des Posenerchors von „Jesus, meine Zuversicht“ nach dem Grabe am Hauptwege des Friedhofes, in dem die Beisetzung erfolgte. Nach der Einsegnung und dem Gebete des Geistlichen spielte der Posenerchor: „Wie sie so sanft ruhn“ als würdigen Ausklang der ergreifenden Feier für den Mann, auf den, wenn je irgendwo, das Wort gilt: „Ach, sie haben einen guten Mann begraben, doch uns war er mehr“ und auch das des Altmeisters: „Dieser ist ein Mensch gewesen, und das heißt ein Kämpfer sein.“

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige halbstündige Stadtverordnetenversammlung eröffnete der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Niczowski mit einem kurzen

Nachruf für Dr. Wilhelm Dementhal.

„Vor einigen Tagen starb plötzlich infolge eines Unglücksfalls Herr Dr. Dementhal, der im hiesigen Deutschum eine hervorragende Rolle spielte. Seit den letzten Stadtverordnetenwahlen

1 Dollar	= 9300 000 Wtp.
1 Valorisationsfrank ..	= 1800 000 Wtp.
1 Goldfrank (Zloty) ...	= 1799 000 Wtp.
1 Danziger Gulden ...	= 1 600 000 Wtp.
1 Goldmark	= 2 215 000 Wtp.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Barnab-Anekdoten.

Aus seinen Erinnerungen.

In Danzig trat Barnab 1897 als Hamlet auf. Der Darssteller des Polonius beklagte sich, daß die Probe so lange dauere und daß er nach Hause müsse. Als er von Barnab-Darsteller getötet und auf der Bühne zusammengebrochen war, flüchtete ihm Barnab, um ihn nicht länger aufzuhalten, leise zu: „Geben Sie fort!“ Also geschah es, und die Probe nahm ihren Fortgang. Am Abend aber geschah zum Entsetzen der Schauspieler und zum Erstaunen des Publikums das Unglaubliche, daß der sterbend hingerichtete Polonius plötzlich aufstand und von der Bühne ging. Als ihm Barnab Vorwürfe machte, sagte er: „Aber Sie haben das doch in der Probe selbst angeordnet.“

Ein lustiges Mißgeschick erlebte Barnab, als er an einem mittleren Theatervorstellung teil spielte, durch das Fehlen eines wichtigen Requisits, nämlich des Apfels. Als Gelehrter in der Apfelschulz mit den Worten: „Wer sagt Euch, daß ich scherze? Hier ist der Apfel!“ nach dem Baumast über seinem Haupt griff, konnte er nichts finden. Man hatte vergessen, den Apfel aufzuhängen. Gelehrter zog seine Rede mühsam in die Länge und urteilte, daß die durch leise gemurmelte Floskel. Aber wie sehr auch alles hinter den Kulissen zusammenfiel, man konnte den Apfel nicht finden und auch keinen anderen aufreiben. Schließlich erzwang man als Ersatz eine Birne und gab sie etwas verdeckt dem Sand zu Hand, damit das Publikum nichts merken sollte. Als sie aber auf dem Kopf des kleinen Watter lag, fing man im Theater an zu lachen, und als nach der Schlußszene der Knabe mit den Worten: „Vater, hier ist der Apfel!“ auf Zell ausbrach und Leinwand die Worte sprach: „Das war ein Schuß! Davon wird man noch reden in den spätesten Zeiten!“, brach ein brausendes Gelächter los.

Barnab hat selbst dieses und noch vieles mehr in seinen „Erinnerungen“ gesagt, und so mag denn aus ihnen noch zum Schluß ein weiteres Erlebnis auch aus jenen Jahren der Leistung des „Berliner Theaters“ (1888 bis 1894), eine Begegnung mit Kaiser Wilhelm II. auf den Straßen Berlins, erzählt werden. Als der Kaiser einst, in einer Periode fessender Sommerglut, an der Spitze eines Regiments durch die Lindenstraße ritt, erkannte er unter den Hunderten, die auf dem Straßenrand standen, Ludwig Barnab. Er winkte ihn zu sich heran, erkundigte sich zunächst nach einem ihm aus der Lektüre bereits bekannten neuen Stück, das damals an Barnabs Theater einstudiert wurde, und fragte weiter, wie es denn überhaupt im „Berliner Theater“ gehe. Barnab hatte damals, bei der Blütezeit, nur recht schwachen

war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Wir erheben uns, um sein Andenken zu ehren.“

Eine Interpellation.

Vor Eintritt in die Tagesordnung interpellierte Stadtb. Dr. Stark den Magistrat über die Müdzahlung von Kauttionen an entlassene Angestellte der Gasanstalt, die von Gasinsaffenten vor einigen Jahren in besserer Valuta geleistet wurden, die man aber jetzt im Nominalwert zurückzahlen.

Stadtpresident Kalański erklärte, daß nur von einer teilweisen Valorisierung der Kauttionen die Rede sein könne, und wies darauf hin, daß die Angelegenheit demnächst gesetzlich geregelt werden solle, ohne die Interessenten zu schädigen.

Umschließung eines Stadtrats.

Nach der Einführung und Vereidigung des Dr. Szule als be-solbeter Magistratsmitglied (auf 12 Jahre) schlug der Versammlungsvorstand, die Sitzungen wieder auf 6 Uhr anzusetzen, damit pünktlich 6½ Uhr begonnen werden könne, was den Widerspruch einiger Stadtverordneten hervorrief.

Stadtb. Ballenstedt berichtete über die Umschließung des Warschauer und des Kaiserlichen Tores.

Der Berichterstatter wies u. a. darauf hin, daß die Ausführung der Vorlage die Arbeitslosen nicht lindern werde. Auf diesem Moment hat noch ein anderes bei dem Projekt eine Rolle gespielt, nämlich das der Erleichterung des Verkehrs nach der Stadt. Die Abbruchkosten sind auf 300 Millionen veranschlagt, wovon ungefähr zwei Drittel für das Abbruchmaterial zurückzuführen würden. Die Angelegenheit der Umschließung wurde dem Ermessen des Magistrats überlassen und ein eventueller Kredit für den Abbruch in Höhe von 100 Millionen bewilligt.

Mit der Verstärkung einiger Titel des Voranschlags der Armenverwaltung fand die Sitzung ihr Ende.

Viederabend Elisabeth Dhlhoff.

Einen deutschen Wiederabend gab am 3. März Elisabeth Dhlhoff-Berlin. Die Künstlerin, die in Posen nicht mehr unbekannt ist, hatte eine vielseitige, abwechslungsreiche Vortragsfolge gewählt, die ihr hohes Können und ihre reichen Stimmittel voll zur Geltung brachten. Anfänglich etwas schwer ansprechend — schonte die Künstlerin sich oder lag es an einer leichten Indisposition? — wurde ihre Stimme im Laufe des Abends immer freier und löste bald starken Beifall aus. Die Künstlerin verfiel über einen aus-gezeichnet durchgebildeten Sopran von schönem Klangreiz in den hohen und Mittellagen, einen intelligenten Vortrag und vollkommene musikalische Sicherheit. Der Abend galt Schumann, Mozart, Mahler und Hugo Wolf. Mit feinem Stilempfinden wußte die Künstlerin diesen so verschiedenen Aufgaben gerecht zu werden. Prachtvoll gelang ihr die Grazie und Klarheit der Mozartschen Lieder, die im Abhismus und Ton bis aus kleinste Orgel-gejungen sein wollen. Gleich gut gab sie die weit ausladende, von humoristischen Verschiebungen durchbrochene Melodie der Mahlerschen Volkslieder, die einen starken Wechsel im Ausdruck verlangten. Besonders innig aber mußte sie Hugo Wolfs Lieder zu beleben, darunter das schöne Märdische „In der Frühe“. Die Begleitung hatte Frau Annemarie Müller-Görzno übernommen. Sie wußte den zum Teil recht schwierigen Part musikalisch sicher und feinfühlig nachgehend auszuführen. Der Abend war so in jeder Weise ein fester geistiger Genuß, für den den Veranstaltern aufrichtiger Dank gebührt.

Eine Bitte für die Altershilfe.

Der Wohlfahrtsdienst „Altershilfe“ bittet alle gütigen Geber, die ihm eine monatliche Brotpende zugesagt haben, recht herzlich, die in Frage kommende Summe nach dem heutigen Brotpreis von 700 000 W. auf sein Konto bei allen deutschen Banken oder in den Geschäftsfällen der deutschen Tageszeitungen einzahlen zu wollen.

X Eine Erhöhung des Posttarifs scheint für die zweite März-hälfte bevorzustehen. Nach einer Privatmeldung des „Kurjer“ aus Warschau hat das Ministerium den Vetter der polnischen Postverwaltung aufgefordert, schleunigt neue Vorschläge für eine Erhöhung des Posttarifs zu machen, und zwar in dem Sinne, daß dann ein gewöhnlicher Inlandsbrief 250 000 W. (bisher 200 000 W.), eine Inlandspostkarte 150 000 W. (bisher 110 000 W.) kostet. Eisenbahn und Post nehmen demnach neue Preiserhöhungen vor; die natürliche Folge hiervon wird sein, daß ein Anziehen der Preise für alle Lebensbedürfnisse erneut einziehen wird usw.

X Eine Ansammlung von Arbeitslosen erfolgte gestern nachm. unmittelbar vor der Stadtverordnetenversammlung, vor dem Stadthaus. Ihre Wünsche nach Arbeit legte eine Abordnung dem Stadtpresidenten vor. Diese Wünsche werden sich, da die Stadtverordneten gestern den Abbruch des Warschauer und Kaiserlichen Tores beschlossen haben, sehr bald erfüllen lassen, was im Interesse der Arbeitslosen auch wirklich dringend zu wünschen wäre.

X Zu dem Pistolenduell, das, wie wir berichteten, vorgestern früh in der Nähe von Wlata bei Posen ausgetragen wurde, erfahren wir weiter, daß der im Duell Schwerverletzte der 24-jährige Gra-

Wojak und so warf er denn einen vielfagenden Blick auf zum wolkenlosen Himmel und antwortete, mit Hamlet seufzend: „Mein Fürst, ich habe zu viel Sonne!“, ein Bist, das den Kaiser sehr befalligte.

— Die Hausbibliothek des großen Lesesaals der Berliner Staatsbibliothek wird augenblicklich, wie uns mitgeteilt wird, neu geordnet. Benutzer und Beamte haben namentlich in den letzten Jahren nicht selten darüber geklagt, daß Zahl und Auswahl der Bücher, die dem Publikum sofort zur Verfügung stehen, unbefriedigend war. Die Verwaltung hat nun eine eingehende Durchsicht in Angriff genommen. Eine ganze Reihe neuer Werke sind — durchweg in den letzten Auflagen — eingestellt worden; es sind auch Disziplinen berücksichtigt, die abseits von der großen Straße der Wissenschaft liegen. Das Ziel der im Gange befindlichen Arbeiten ist, dem Benutzer zu ermöglichen, sich über jede wissenschaftliche Frage aus den grundlegenden und besten Werken rasch zu orientieren. Der Lesesaal soll dem Arzte wie dem Rechtsanwalt, dem Techniker wie dem Sprachforscher in gleicher Weise dienen. Die Abteilung „Ethnologie“ ist schon neu aufgestellt; augenblicklich wird an den Fächern Jurisprudenz, Medizin und Naturwissenschaften gearbeitet.

— Radiographische Übermittlung von Bildern. Bemerkenswerte Erfolge auf dem Wege des Fernsehens hat der amerikanische Erfinder Jertins nach New Yorker Blättermeldungen zu verzeichnen. Die betreffenden Versuche wurden im Laboratorium des Erfinders zu New York in Anwesenheit einer kleinen Zahl geladener Gäste gemacht. Jertins bewegte im Hintergrund des Laboratoriums seine Hände, und diese Bewegung wurde auf radiographischem Wege den Augen der Anwesenden auf dem an der entgegengesetzten Wand aufgestellten Leinwandschirm sichtbar gemacht. Der Übermittlungsapparat ist sehr einfach und besteht aus einer Laterne magica, die ein Lichtstrahlbündel durch eine Scheibe, die sich in schneller Bewegung dreht, projiziert. Das Licht fällt auf ein rechteckiges Kästchen, das durch Draht mit dem Übermittlungsapparat verbunden ist. Die drehende Scheibe überträgt den Schatten der Hand auf eine lichtempfindliche Membran, die in das Kästchen eingeklappt ist, und überträgt die wechselnden Lichtstrahlen in elektrische Schwingungen genau so, wie das mit atrophischen Schwingungen beim Telefon geschieht. Der in elektrische Ströme zerlegte Schat-ten der Hand wird dem Empfangsapparat wie eine andere radio-graphische Meldung übermittelt. Die Versuche wurden im Jertins-schen Laboratorium in einem nur wenige Meter messenden Raum ausgeführt. Aber nachdem das Problem einmal prinzipiell gelöst ist, hindert nichts, die praktische Anwendung auch auf größere Entfernungen anzuwenden.

Heinrich Zottowski, ein Sohn des Graen Z., Weigers von Wargomo im Kreise Dobornik, ist. Er hat einen gefährlichen Schuß in die Hüfte erlitten und hat im Krankenhaus der Graen Schwestern am Bernhardinerplatz Aufnahme gefunden, wo für sein Leben eine Gefahr bestehen soll. Über die Person seines Gegners, sowie über die Ursache zum Duell verläutet bisher nichts Bestimmtes.

Das Kino Apollo zieht, wie man uns schreibt, Scharen von Menschen zur vierten und letzten Serie der „Gräfin von Paris“ unter dem Titel „Am eigenen Grabe“ heran. In dem Stück kann man vor allem die Regiekunst Joe Mays und das fesselnde Spiel der Schauspieler bewundern.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung Plac Wolnosci 7 (fr. Wilhelmplatz) eine Handtasche, ein Paar braune Offiziersschuhe, ein Paar schwarze Stiefel, ein brauner Mäntel und eine schwarze Bluse im Werte von 400 Millionen; aus einer Wohnung ul. Patrona Jachowoskiego 24 (fr. Neudorffstr.) eine große Menge Frauenkleidungsstücke im Werte von einer Million; aus einem Schuppen an der ul. Dabrowskiego 88/85 (fr. Große Berliner Straße) ein Schleifstein, ein Kesselrad und 20 Pfund altes Eisen im Werte von 250 Millionen; aus einer Wohnung Sw. Wojciech (fr. St. Adalbertstr.) Wäsche und Damenkleidungsstücke im Werte von 100 Millionen.

X Polizeilich festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages 7 Betrunkene, 3 Diebe, 15 Eitnen, 2 Frauenzimmer wegen Unhöflichkeit, 2 Bettler.

* Bartschin, 4. März. Die am 29. Februar abgehaltene Holzauktion in Szegedpanowo erzielte folgende Preise: Klobholz 25—30 Millionen pro Meter, Bauholz erster und zweiter Klasse 30—40 Millionen, dritter Klasse 20—30 Millionen je Festmeter. — Brennholz ist sehr teuer, so daß die Landwirte für eine Klafter 10—15 Zentner Holz anlegen müssen, während man sie früher mit 3—4 Zentner bekam.

* Dirschau, 5. März. Bei einer Theatervorstellung angeschossen wurde in Turke hiesigen Kreises der 19-jährige Sohn des Anstalters Grubbb. Bei einer Theatervorstellung im Gasthause erhielt er während einer Szene, in der ein Schuß abzugeben war, von einem anderen Mitwirkenden einen scharfen Schuß ins Knie. Die Verwundung war so schwer, daß er in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

□ Schroda, 4. März. Der Raiffeisenverein von Herrenhofen (heut Dominowo) feierte am Donnerstag sein Jahresfest, das mit einem vom gemischten Chor vorgetragenen Vete um 6 Uhr nachmittags eröffnet wurde. Darauf beehrte der Vereinsvorsitzende Heinrich Sältemeyer die Gäste und betonte, daß dieses Fest als das Geburtstagsfest des Vereins anzusehen sei und als ein Familienfest gefeiert werden möge. Drei Theaterstücke und etliche Vieder verhönten die Feier. Ganz besonders interessant waren drei Bauerntänze in alter Tracht.

Aus Ostdeutschland.

* Angerburg, 3. März. Vom Zuge getötet wurde der 40-jährige Taubstumme Fluck, der aus dem fahrenden Zuge sprang.

Aus dem Gerichtssaal.

* Inowroclaw, 5. Februar. Das tragische Geschick eines verlobten Paares beschäftigte dieser Tage das hiesige Gericht. Dem Händler Altman waren vom Hofe wiederholt Wirtschaftsgegenstände gestohlen worden. In der Nacht zum 19. Oktober v. Js. hörte nun die Händlerfrau, daß sich jemand im Hofe bewege. Der Mann trat an das Fenster und glaubte zu bemerken, daß sich irgend jemand am Vorhängehloß der Waschküche zu schaffen machte. Er griff zur Doppelstange, trat an das offene Küchenfenster und rief: „Wer da?“ in den Hof hinaus. Da keine Antwort erfolgte, gab er einen Schuß in der Richtung ab, von der das verdächtige Geräusch hörbar war. Die Folgen waren entsetzlich. In der Waschküche hatte ein junges Mädchen Cecilie Motkowska mit ihrem Verlobten Stanislaus T. gestanden. Die volle Schrotladung hatte die Unglückliche getroffen und hatte ihr Brust, Lunge und Herz durchbohrt. In wenigen Minuten war ein blühendes Leben zu Ende. Das Gericht erkannte gegen den Schützen auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anstänke werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsumrechnung anvertraut, über ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen erfolgen nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit „Reinhardt beiliegend“)

S. B. in L. 1. Sie können nicht nur, sondern müssen sogar anstandslos der inzwischen eingetretenen Geldentwertung umgerechnet werden. In Deutschland gilt gegenwärtig die Bestimmung, daß für denarige Hypotheken 15 v. H. des Goldmarkwertes zurückgezahlt sind. Dieser Prozentsatz wird voraussichtlich bald weiter erhöht werden. 2. Diesen Kursstand kennen wir nicht. Wenden Sie sich wegen der Ausfuhr an eine Bank. 3. Darüber gibt es keine ge-richtliche Bestimmungen; diese Zinsen unterliegen freier Vereinbarung. 4. Die Überweisung darf nur durch eine Devisenbank erfolgen, nachdem Sie die Genehmigung des Devisenkommissars bei der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa in Posen, Aleje Marcinkowskiego 12, eingeholt haben.

Spenden für die Altershilfe.

Angenannt	5 000 000.— W.
.....	1 500 000.—
.....	16 000 000.—
Albert Rann, Boguniewo ..	9 000 000.—
K. J. (22. Kate)	9 000 000.—
Ev. Kirchengemeinde Smigiel ..	4 200 000.—
W. Gr. (Anstalt der Kranken) ..	30 000 000.—
Diöz. Wirtschule, Wladowo ..	50 000 000.—
.....	120 700 000.— W.
.....	1 498 765 806.— W.

Vortrag aus Nr. 49 . . .

zusammen . . . 1 618 765 806.— W.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postfachkonto Nr. 200 283 Posen einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abhängig ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.



Graue Haare
beseitigt dauernd unbemerkt

„Orientine“

und gibt ihnen die natürliche Farbe wieder, Glanz und Weichheit; einfach im Gebrauch, unbedingt unschädlich.

Überall erhältlich.

Parfumerie d'Orient, Warsowie

